

Das Drängen des IWF und die ungewisse Zukunft

Von Vassilis Ziras

Mit dem Drängen des Internationalen Währungsfonds auf eine „endgültige Lösung“ des griechischen Problems und der Zuspitzung der Schuldenkrise in der Eurozone ist für Griechenland ein absolut ungewisses Umfeld entstanden, in dem sich das Land und die Regierung in den kommenden Wochen bewegen müssen.

Der IWF drängt die Eurozone in Richtung einer radikalen Antwort auf die Schuldenkrise Griechenlands. Beim IWF geht man davon aus, dass die weiter vertiefte Rezession, die Misserfolge bei der Umsetzung des (Spar)Programms, aber auch der unzureichende erste Schuldenschnitt bei den griechischen Bonds (also das PSI) gezeigt haben, dass die Schuldenlast nicht zu tragen ist. Daher sei ein neuer Haircut erforderlich, um die Gesamtverschuldung bis 2010 auf 100 Prozent des BIP zurückzuführen. Dabei würde die Belastung dieses Mal entweder auf die EZB und die nationalen Notenbanken der Eurozone zukommen, oder aber auf die (Haushalte der) Mitgliedsstaaten selbst, oder auf beide.

Solche Szenarien wurden in letzter Zeit über wichtige internationale Medien wie die Agentur Reuters oder das Wall Street Journal verbreitet. In Brüssel gibt es nicht den geringsten Zweifel über die Quelle der durchgesickerten Szenarien. Schließlich hatte der IWF bereits anlässlich des PSI-Programms vorgeschlagen, die von der EZB gehaltenen (griechischen) Staatspapiere in den haircut einzubeziehen. Die EZB, die ohnehin gegen das PSI-Programm war, hatte dies damals bis zum Schluss kategorisch abgelehnt. Sie hatte sich lediglich bereit

gefunden, die Gewinne, die sie mit den griechischen Bonds gemacht hatte, an Griechenland abzuführen.

Die Europäische Kommission hat auf die Veröffentlichungen durch den Mund ihres Sprechers reagiert. Ihre Botschaft lautet, dass das Programm wie seine Ziele erst im vergangenen März (2012) beschlossen wurden, und zwar mit Zustimmung des IWF. Im Übrigen wäre ein „haircut“ bei den Bonds der EZB – und erst recht bei den bilateralen Krediten, die im Rahmen des ersten Memorandums zwischen den Mitgliedsstaaten und Griechenland vereinbart wurden – eine unpopuläre Maßnahme. In der Tat liegt es auf der Hand, dass ein solcher Schritt in vielen Ländern intensive Reaktionen der öffentlichen Meinung und in den Parlamenten auslösen würde, etwa in Deutschland, in Holland, in Finnland, wo die Haltung zu den Rettungsprogrammen ohnehin negativ ist. Manche Beobachter in Athen, in Europa und auch in den USA sind der Meinung, dass die Haltung des IWF in der griechischen Frage, als Vorwand dienen könnte, um Griechenland aus dem Euro hinaus zu komplimentieren. Ein griechischer Regierungsvertreter, der die Entwicklung der Rettungsprogramme von Anfang an aus nächster Nähe verfolgt hat, äußert sich wie folgt: „Diejenigen Kräfte, die uns für einen ‚hoffnungslosen Fall‘, für ein Fass ohne Boden halten, werden den ‚haircut‘ (also das OPI) nur akzeptieren, wenn das Land zugleich aus der Eurozone ausscheidet. Sie können gegenüber der öffentlichen Meinung sagen, dass sie auf diese Weise, wenn auch mit gewissen Kosten, die gemeinsame Währung endgültig vom Problem Griechenland entlastet haben.“

Nach dieser Interpretation werden die genannten Kräfte (die den Rausschmiss Griechenlands betreiben, NK) darüber hinaus auch anderen gefährdeten Euro-Ländern wie Portugal, Irland, Spanien, Zypern die mahnende Botschaft zukommen lassen, auf keinen Fall der Versuchung zu erliegen, ebenfalls einen

Schuldenschnitt zu fordern – weil dies eben schmerzhaft Folgen haben würde. Nach diesem Szenario soll Griechenland geopfert, sprich zum Austritt aus dem Euro gezwungen werden, damit die öffentliche Meinung und die Parlamente der Mitgliedsländer dem teureren Rettungsprogramm für Spanien und Italien leichter zustimmen können.

Wenn der IWF die Eurozone zu dieser endgültigen Lösung zwingen will, könnte er als Mittel dazu den Bericht über die Realisierbarkeit einer Rückzahlung der (griechischen) Schulden nutzen. Während des letzten Besuchs der Troika-Delegation in Athen haben die IWF-Vertreter ihre Einschätzung vorgelegt, denen zufolge sich die Rezession in Griechenland bis 2015 hinziehen wird. Das aber wäre ein Indiz dafür, dass eine Rückzahlung der Schulden überhaupt nicht realisierbar ist. Da der IWF jedoch gemäß seinem eigenen Statuts keine Staaten mit nicht mehr tragfähigen Schuldenstand finanzieren darf, kann er mit dem Rückzug aus dem Programm drohen. Die IWF-Einschätzungen wurden von den Vertretern der EU-Kommission angezweifelt, die auf ihre eigene Prognosen verwiesen, wonach die griechische Volkswirtschaft ab 2014 wieder zum Wachstum zurückkehren wird.

Die große Frage ist, ob der IWF im Oktober, also nach dem Abschluss des Troika-Berichts, auf einer umfassenden Überprüfung des griechischen Programms bestehen wird. Von entscheidender Bedeutung wird dabei die Rolle der USA ein. Die Regierung in Washington will – zumindest bis zu den Präsidentenwahlen im November – um jeden Preis verhindern, dass die Krise in der Eurozone sich zuspitzt und damit auch die Entwicklung in den USA beeinflusst. Deshalb dürfte sie darauf dringen, über die endgültige Lösung nicht schon im Herbst zu diskutieren, sondern erst gegen Ende dieses oder am Anfang des kommenden Jahres...“